

Das aktuelle Interview

«Schweiz ist (noch) nicht auf Nachhaltigkeitskurs»

Mit dem Buch «Vision Lebensqualität» wurde vor kurzem der Schlussbericht des Schwerpunktprogramms Umwelt (SPP Umwelt) präsentiert. Die Zeitschrift Gesundheits- und Umwelttechnik (GUT) unterhielt sich diesbezüglich mit Prof. Hans R. Thierstein (HT), Präsident der Expertengruppe des SPP Umwelt und ordentlicher Professor für Mikropaläontologie am Geologischen Institut der ETH Zürich und der Universität Zürich.

GUT: Herr Prof. Thierstein: Welche Schlussfolgerungen ziehen die Verantwortlichen nach zehn Jahren SPP Umwelt?

HT: Der Synthesebericht «Vision Lebensqualität» zeigt auf, dass nachhaltige Entwicklung ökologisch notwendig, wirtschaftlich klug und gesellschaftlich möglich ist. Die Schweiz scheint fähig, auf unmittelbare und offensichtliche Umweltbedrohungen mit entsprechenden Massnahmen zu reagieren. Die Schweiz ist jedoch (noch) nicht auf Nachhaltigkeitskurs. Nachhaltig wäre unsere Gesellschaft, wenn sie ihre gegenwärtigen Bedürfnisse in ökologisch, sozial und wirtschaftlich verträglicher Weise decken könnte, ohne die gleiche Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen zu gefährden. Ansätze zu einer Lösung sind vorhanden, viel Wissen über die oft schleichend ablaufenden Umweltveränderungen ist erarbeitet und bekannt. Es gibt auch konkrete Vorschläge, wie eine nachhaltige und trotzdem attraktive Zukunft auszusehen hätte. Es ist jedoch noch nicht klar, wie man vom heutigen Ist-Zustand in den gewünschten zukünftigen Soll-Zustand gelangen könnte. Solches Handlungs-Wissen sollte in naher Zukunft durch zusätzliche Forschungsanstrengungen verbessert werden.

GUT: Welche Ziele werden mit dem Synthesebericht verfolgt? Wer wird damit angesprochen?

HT: Der Bericht soll die wichtigsten Einsichten, die in den verschiedenen integrierten Projekten erarbeitet wurden, zusammenfassen und sie für die Betroffenen und die Anwender in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zugänglich machen. Diese Ziele scheinen wir bis zu einem gewissen Grad erreicht zu haben, mussten doch bereits anfangs Mai zusätzliche Kopien der deutschen Version nachgedruckt werden. Allerdings heisst verkauft noch nicht gelesen oder gar umgesetzt!

GUT: Was hat das SPP Umwelt in diesen zehn Jahren erreicht?

HT: Zum ersten hat es die Ausbildungs- und Forschungskapazitäten an zahlreichen schweizerischen Hochschulen gefördert und verbessert. Zweitens haben sich schweizerische Forschungsgruppen an der internationalen Forschungsfrente etablieren können, so zum Beispiel in der Klimaforschung, in der Biodiversitätsforschung und in der Entwicklung und Anwendung transdisziplinärer Forschungsmethodik. Darunter wird verstanden, dass die Forscherinnen und Forscher von Projekten, die zur Lösung von gesellschaftlichen Fragen und Problemen beitragen sollen, auch die Betroffenen und Interessierten aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik im Forschungsprozess zur Beratung und Begleitung mitbeteiligen. Drittens sind die im SPP Umwelt erarbeiteten Forschungsergebnisse direkt in die gesellschaftliche Diskussion und die Politik eingeflossen, so zum Beispiel bei den ökologischen Ausgleichszahlungen in der Landwirtschaft, der Diskussion um die ökologische Steuerreform und bei der Etablierung von lokalen und regionalen Agenda 21 Netzwerken.

GUT: Wie sieht in ihren Augen, als Präsident der Expertengruppe des SPP Umwelt, die Umweltsituation in der Schweiz heute aus? Wie steht die Schweiz im internationalen Vergleich da?

HT: Die Einsicht, dass sich die Umweltsituation in der Schweiz oder weltweit noch nicht wesentlich verbessert hat, scheint bei uns mehrheitlich erkannt worden zu sein. Wie jedoch weitere notwendige Verbesserungen erreicht werden können, ist immer

noch sehr umstritten. Das haben die Abstimmungsergebnisse über die verschiedenen Energieinitiativen in den letzten zwei Jahren gezeigt. Vielleicht ist dies so, weil die Priorität immer noch zu stark am «Besitzen» statt am «Nutzen» von Konsumgütern orientiert ist oder weil viele Feriengäste noch nicht den Lustgewinn von Erholungsmöglichkeiten in den Alpen und Zentraleuropa mehr schätzen gelernt haben als den Stress interkontinentaler Flugreisen in überfüllte Touristengebieten. Ein Umdenken und Umlernen von solchen «eingespielten» menschlichen Verhaltensweisen benötigt jedoch auch Zeit. Obwohl wir im internationalen Vergleich noch immer sehr gut dastehen, scheinen andere Länder in gewissen Bereichen rasch aufzuholen. Dies ist unter anderem auf unsere schweizerischen demokratischen Traditionen zurückzuführen, die verlangen, dass eine politische Mehrheit des Volkes zur Veränderung der verfassungsmässigen und vieler gesetzlichen Bestimmungen notwendig sind. In anderen Ländern sind solche Änderungen der Rahmenbedingungen durch Regierungen und Parlamente möglich. Auf der anderen Seite sind Verhaltensänderungen sicher erfolgreicher, wenn sie von der Volksmehrheit auch tatsächlich mitgetragen werden.



Prof. Hans R. Thierstein:
«Anreize steuerlicher Art haben das grösste Potenzial.»

GUT: Wie verläuft Ihrer Ansicht nach die Entwicklung des Umweltschutzes in der Schweiz?

HT: Trotz allen Unkenrufen ziemlich gut – vor allem mit Bezug auf offensichtliche Umweltprobleme. Schutzmassnahmen zur Vermeidung von schleichenden Umweltschäden (z.B. Treibhausgas oder Biodiversitätsverlust) sind sicher noch unterentwickelt und auch schwieriger umzusetzen. Dass sich die verschiedenen Interessengruppen aus Gesellschaft und Wirtschaft gegen für sie oft schwierige Umstellungen möglichst lange zur Wehr setzen, ist legitim und muss in einem demokratischen System ausgehalten werden. Nachhaltigkeit kann nur erreicht werden, wenn sie ökologisch, wirtschaftlich und sozial für die Mehrheit verträglich ist und wenn benachteiligte Minderheiten in fairer Weise geholfen wird.

GUT: Welche Massnahmen müssen in nächster Zeit am dringendsten umgesetzt werden?

HT: Anreize steuerlicher Art in Energie- und Mobilitäts-Fragen haben wohl das unmittelbar grösste Potenzial. Wir sollten jedoch auch Rahmenbedingungen und Anreize schaffen, damit gewisse Regionen, Wirtschaftszweige und Interessengruppen vermehrt zu experimentieren lernen. In einer so vielfältigen Frage, wie Nachhaltigkeit zu verwirklichen sei, gibt es halt keine singulären Patentrezepte und der Erfolg von Handlungswissen kann, ähnlich wie in der Physik oder Medizin, erst im realen Experiment getestet werden. Wesentliche Teile des Schlussberichts befassen sich deshalb mit solchen «Lernprozessen» auf verschiedenen Ebenen.

GUT: Inwieweit hat sich die Form des Schwerpunktprogramms bewährt, um nachhaltige Erkenntnisse und Lösungen in relevanten Umweltfragen zu gewinnen?

HT: Das SPP Umwelt hat sich in seiner 10-jährigen Dauer von seiner ursprünglichen Fokussierung auf Umweltproblem-Analyse und Umwelttechnologie-Entwicklung in Zielrichtung Nachhaltigkeit weiterentwickelt. Dazu war ein Dialog unter den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und mit Einbezug von Betroffenen und Abnehmern der Forschungsergebnisse aus der Praxis notwendig. Dieser transdisziplinäre Ansatz setzt eine starke organisatorische Unterstützung voraus, die nur in den für die Schwerpunktprogramme vorgesehenen Strukturen umgesetzt werden konnte. Die Mitbeteiligten und Verantwortlichen des SPP Umwelt sind zur Überzeugung gelangt, dass dieser zusätzliche Aufwand auch in Zukunft notwendig sein wird, wenn Forschungsergebnisse in gesellschaftlich motivierter Programmform auch erfolgreich umgesetzt werden sollen.

Brisante Nachrichten und Geschichten aus dem Umweltbereich finden sich auf dieser Seite. Dieses Mal geht es unter anderem um einen neuen Rekord bei der Altglassammelmenge.

Produktions- und Verbrauchsrekord bei der Elektrizität

Der Elektrizitätsverbrauch der Schweiz ist im Jahr 2001 um 2,6% auf 53,7 Mia. kWh gestiegen. Während sich der Verbrauch im ersten Quartal 2001 lediglich um 0,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal erhöhte, stieg er in den übrigen Quartalen zwischen 3,0% und 3,6% an. Für den höheren Elektrizitätsverbrauch sind hauptsächlich die Konjunktorentwicklung und das Bevölkerungswachstum verantwortlich. Zudem stieg die Zahl der Heizgradtage 2001 um 5,7% gegenüber dem Vorjahr. Vor allem die Monate April, November und Dezember waren deutlich kühler als im Jahr 2000. Die Elektrizitätsproduktion des schweizerischen Kraftwerkparcs stieg 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 7,4% auf 70,2 Mia. kWh. Damit wurde der bisherige Rekord aus dem Jahre 1999 (66,7 Mia. kWh) deutlich übertroffen. Die Wasserkraftanlagen erzeugten bei überdurchschnittlichen Produktionsverhältnissen 11,7% mehr Elektrizität als im Vorjahr. Dank der hohen Verfügbarkeit der fünf schweizerischen Kernkraftwerke – die Arbeitsausnutzung betrug 90,3% – wurde ein neues Höchstergebnis von 25,3 (24,9) Mia. kWh erzielt. Am gesamten Elektrizitätsaufkommen waren die Wasserkraftwerke zu 60,2%, die Kernkraftwerke zu 36,1% sowie die konventionell-thermischen und anderen Anlagen zu 3,7% beteiligt. Während zehn Monaten des Jahres 2001 überstieg die Landeserzeugung den Inlandbedarf. Bloss in den kalten Monaten November und Dezember überwogen die Importe.

Weitere Informationen: Generalsekretariat UVEK
Bundeshaus Nord, Kochergasse 10, 3003 Bern

Langenbruck kooperiert eng mit Hochschulen

Das Ökozentrum Langenbruck will sich in Zukunft noch klarer als schweizerisches Kompetenzzentrum für die Nachhaltigkeit profilieren. Aus diesem Grund vertieft es die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Hochschulen und Forschungsstellen. So arbeitet das 1979 gegründete private Zentrum derzeit zusammen mit der Fachhochschule beider Basel (FHBB) am Aufbau einer Stelle für die Typenprüfung von Holzfeuerungen. Die Stelle soll einheitliche Qualitätsstandards für umweltfreundliche Feuerungen durchsetzen. Ein anderes Beispiel der Zusammenarbeit bildet ein computergestütztes Planungswerkzeug für den Bau von Kachelöfen, das zur Zeit mit dem Institut für Heizung und Klimatechnik der Fachhochschule Luzern (HTA) und dem Verband Schweizer Hafner- und Plattengeschäfte entwickelt wird.

Im weiteren ist das Ökozentrum Langenbruck Mitglied des neuen Nationalen Netzwerks für Gebäudetechnik und erneuerbare Energien (BRENET). Dieses setzt sich unter anderem zusammen aus verschiedenen Fachhochschulen und der Empa.

Weitere Informationen:
René Duveen, Geschäftsführer, Ökozentrum Langenbruck
Schwegenstr. 12, 4438 Langenbruck, Tel. 062 387 31 11
admin@oekozentrum.ch, www.oekozentrum.ch

Rekord bei Altglassammelmenge

Bei einem leicht erhöhten Glasverbrauch nahm die in der Schweiz im Jahr 2001 gesammelte Altglassmenge gegenüber dem Vorjahr um 4600 t auf 293 700 t zu. Damit resultierte eine Rücklaufquote von 91,7%. Pro Kopf der Wohnbevölkerung wurden 40,4 kg Altglas gesammelt, was einen neuen Rekord bedeutet.

Die Schweiz führt die Welttrangliste weiterhin an. Von den 293 700 t gesammelten Altglas, konnten 97 900 t von der Schweizer Verpackungsglasindustrie zur Herstellung von Neuglas eingesetzt werden. 118 000 t wurden exportiert und 77 700 t alternativen Recyclingzwecken, zum Beispiel als Kies-

ersatz im Tiefbau und für die Verarbeitung zu Baustoffen, zugeführt. Damit ist der Anteil des in der Schweizer Verpackungsglasindustrie eingesetzten Altglases mit 33% konstant geblieben.

Weitere Informationen:
Max Nievergelt, Geschäftsführer der Vetro-Recycling AG
Postfach, 8180 Bülach, Tel. 01 863 34 00

Unerwartet wenig Feinstaub aus Schienenverkehr

Der Schienenverkehr setzt in der Schweiz jährlich nur 800–1200 t und nicht wie früher geschätzt 2800 t Feinstaub (PM10) frei. Dies haben Messungen und Modellierungen im Auftrag des Buwal ergeben. Das heisst, dass nur 3 bis 5% der PM10-Emissionen vom Schienenverkehr stammen, statt wie bisher angenommen 11%. Beim jetzigen Stand der Erkenntnisse ist der PM10-Emissionsbeitrag der Schiene damit wesentlich geringer, als jener des Strassenverkehrs oder des Baugewerbes. Gleichzeitig ist bestätigt worden, dass auch der Schienenverkehr derartige Luftschadstoffe verursacht und in der Nähe sehr stark befahrener Strecken zur PM10-Belastung beiträgt. Diese Emissionen stammen zur Hauptsache aus Abrieb von Bremsen, Rädern und Schienen. Zwischen PM10 aus dem Schienenverkehr und aus der Strasse bestehen Unterschiede: Feinstaub aus dem Schienenverkehr unterscheidet sich in seiner chemischen Zusammensetzung und Grösse von den Strassenverkehrsemissionen. Das beeinflusst die Ausbreitungsstrecke und die gesundheitlichen Auswirkungen. Im Gegensatz zum feinen Dieselruss dringen die groben Eisenabriebteilchen aus dem Schienenverkehr nicht so tief in die Lungen ein. Der Strassenverkehr produziert neben den primären PM10-Emissionen weitere Luftschadstoffe wie Stickoxide und flüchtige organische Verbindungen, welche ebenfalls zur PM10-Belastung beitragen und zugleich zur übermässigen Ozonbelastung im Sommer.

Generell lässt sich festhalten: Der Immissionsgrenzwert für PM10 wird heute in den Städten deutlich und auf dem Land knapp überschritten; dabei übt die Nähe zu einer stark befahrenen Verkehrsachse einen wesentlichen Einfluss auf das Ausmass der Überschreitung aus.

Kein gemeinsames Amt für Umwelt in Basel

Die beiden Basler Umweltämter werden vorderhand nicht fusionieren. Der Regierungsrat hat das entsprechende Anliegen eines parlamentarischen Vorstosses geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Vorteile nicht so offensichtlich sind, wie im Vorstoss angenommen. Die beiden Ämter würden zwar heute schon gut zusammenarbeiten, sie hätten aber auch partiell unterschiedliche Aufgabenbereiche. Eine Zusammenlegung wäre nun nach Ansicht des Regierungsrates nur sinnvoll, wenn beide Ämter dieselben Vollzugsbereiche abdecken würden. Vorgängig müssten folglich auf jeder Seite entsprechende Anpassungen vorgenommen werden (Auslagerung bzw. Übernahme von Fachbereichen). Das bedingt in beiden Verwaltungen auch ausserhalb der beiden Umweltämter mehr oder weniger grosse Reorganisationen. Hinzu kommt, dass das Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt seit anfangs 1998 mit einem Globalbudget operiert. Damit verfügt das Amt über eine Betriebskostenrechnung und über ein Leistungscontrolling. Auch im Kanton Basel-Landschaft wird zur Zeit die wirkungsorientierte Verwaltungsführung umgesetzt. Das Leistungscontrolling ist aber noch nicht aufgebaut und müsste im Falle einer Fusion vorgängig auf eine gleiche Basis gestellt werden. Aus der Sicht des Regierungsrates lohnt sich dieser Aufwand nicht. Diese Einschätzung teilt auch die Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft.

Kontaktadresse: Regierungsrätin Barbara Schneider
Vorsteherin Baudepartement, Tel. 061 267 91 80

Auf dieser Seite werden Publikationen, Studien und Berichte vorgestellt. Im Zentrum stehen neue Untersuchungen zu den Potentialen von Windstrom.

Treibhausgase auf hohem Niveau stabil

Der Strassenverkehr stiess im Jahr 2000 deutlich mehr Treibhausgase aus als zehn Jahre zuvor (+13%). Im Dienstleistungssektor, in den Privathaushalten und der Landwirtschaft hingegen ist eine Abnahme zu verzeichnen (je -9 bis -10%). Die durch die Industrie und die Abfallwirtschaft verursachten Emissionen haben sich nur wenig verändert (-1 bis -2%). Das zeigt das Treibhausgasinventar des Buwal. Insgesamt sind die Emissionen der Schweiz zwischen 1990 und 2000 mit rund 53 Mio. t stabil geblieben.

Das Treibhausgasinventar erfasst die Gase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O) sowie die synthetischen Gase (HFC, PFC, SF₆). CO₂ ist mit 83% Anteil das mit Abstand wichtigste Treibhausgas der Schweiz. Sein Anteil hat sich seit 1990 nicht verändert. Über ein Drittel der CO₂-Emissionen sind durch den Strassenverkehr bedingt. Zweitwichtigste Quelle mit einem Viertel der CO₂-Emissionen ist der Sektor Privathaushalte (Raumheizung). Methan ist mit gegen 9% Anteil am Gesamtemissionsvolumen das zweitwichtigste Klimagas der Schweiz. Knapp 1/3 der Emissionen sind hier durch die Landwirtschaft (v.a. Viehhaltung) bedingt. Eine weitere bedeutende Methan-Quelle ist mit gut einem Viertel der Abfallsektor (v.a. Deponien). Insgesamt ist beim Methan ein leichter Rückgang im Zeitraum 1990/2000 festzustellen. Lachgas trug im Jahr 2000 rund 7% zum Total der Klimagasemissionen bei. Auch hier ist die Landwirtschaft (v.a. Emissionen aus der Düngung der Felder) mit über 1/2 wichtigste Quelle. In geringerem Umfang trägt der Verkehrssektor (Katalysatoren) zu den Lachgas-Emissionen bei. Der Anteil der Lachgasemissionen an den Gesamtemissionen ist zwischen 1990 und 2000 in etwa konstant geblieben. Die synthetischen Treibhausgase spielen für die Gesamtemissionsbilanz mit gegenwärtig gut 1% eine untergeordnete Rolle. Zu Beginn der Neunziger Jahre lag ihr Anteil allerdings noch deutlich unter 0,5%. In dieser Zunahme kommt zum Ausdruck, dass die HFC-Gase seit 1994 vermehrt als Ersatz für die verbotenen, die Ozonschicht schädigenden FCKW-Gase verwendet werden.

Weitere Informationen: Markus Nausser
Sektion Ökonomie und Klima, Buwal, Tel. 031 324 42 80

Windstrom kann Kernkraftwerke ersetzen

Das Forschungsprogramm Energiewirtschaftliche Grundlagen (EWG) des Bundesamtes für Energie (BFE) hat vor kurzem zwei neue Untersuchungen zu den Potentialen von Windstrom veröffentlicht. Konkret geht es in den Studien mit den Titeln «CO₂ – neutraler Ersatz der Atomenergie – Inputs zu forcierter Windenergieerzeugung» und «Ersatz der Kernenergie durch importierten Windstrom?» um die Frage eines möglichen Ersatzes der bestehenden Kernkraftwerke durch Strombezüge im europäischen Ausland, namentlich aus Windenergie. Betrachtet wurden insbesondere die Beschaffungsmöglichkeiten, die Kosten und die Auswirkungen auf die Stromnetze. Gemäss den Untersuchungen reicht das technische Windenergiepotenzial insgesamt – onshore und offshore – aus, um mehr als den aktuellen Strombedarf in Europa zu decken. Für die Nutzung dieses Potenzials gäbe es jedoch Unsicherheiten, wie die noch fehlenden Erfahrungen mit Offshore-Windparks und die zum Teil noch ungeklärten Möglichkeiten und Kosten der zusätzlichen Reservekapazitäten, die mit zunehmender Windenergienutzung an Bedeutung gewinnen werden. Insgesamt kann laut Studien für das Jahr 2020 mit Gesamtkosten für Windenergieimporte von rund 8 bis 12 Rp./kWh gerechnet werden.

Der Ersatz der bestehenden schweizerischen Kernkraftwerke nach 40-jähriger Betriebsdauer durch importierten Windstrom scheint für die Autoren demnach technisch und mit wirtschaftlich vertretbaren Mehrkosten möglich. Falls eine der hängigen Atominitiativen angenommen würde, wäre der Windstromimport deshalb eine viel versprechende Alternative, neben verstärkten

Anstrengungen zur rationellen Stromverwendung und zur Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien im Rahmen des Programms «EnergieSchweiz». Zur Durchsetzung einer solchen Strategie wären jedoch gemäss den Autoren staatliche Massnahmen nötig, z.B. ein international harmonisierter Zertifikatehandel mit verpflichtenden Lieferquoten. Zum Teil gäbe es, wie bei anderen Zukunftstechnologien, noch grosse Unsicherheiten, insbesondere bezüglich der Entwicklung der Marktpreise für Strom aus erneuerbaren Energien oder der Kooperationsbereitschaft der europäischen Staaten. Unsicher seien auch die technische Entwicklung sowie die Kostensenkungsmöglichkeiten der Windenergie und der sie ergänzenden und konkurrierenden Techniken.

Bestelladresse: Beatrice Meier, BFE, Tel. 031 322 56 48

Verzeichnis der Verwertungs- und Entsorgungsbetriebe

Die beiden Basler Umweltschutzämter haben in Zusammenarbeit mit dem Ökozentrum Langenbruck und den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn ein neues Verzeichnis der Verwertungs- und Entsorgungsbetriebe der gesamten Nordwestschweiz erarbeitet. Es ist für 15 Franken beim Amt für Umweltschutz und Energie BL oder beim Amt für Umwelt und Energie BS erhältlich, kann aber auch im Internet unter www.entsorgungsverzeichnis.ch abgerufen und ausgedruckt werden. Die Internet-Version wird periodisch aktualisiert, bei Bedarf können die neuesten Entsorgungsinformationen von dort heruntergeladen werden. Das Nachschlagewerk soll Interessierte dabei unterstützen, für verwertbare Abfälle einen geeigneten Recyclingbetrieb zu finden und nicht verwertbare Abfälle einer fachgerechten Entsorgung zuzuführen. Dank einer Stichwortliste mit über 200 Abfallarten und einem benutzerfreundlichen Aufbau ermöglicht das neue Verzeichnis auch Nicht-Fachleuten, rasch geeignete Entsorgungsunternehmen zu finden. Im Verzeichnis finden sich zudem Hinweise zur Abfallvermeidung sowie weiterführende Adressen und Links zum Thema Abfall.

Bezug über:
Heinz Aebi, Amt für Umweltschutz und Energie
Basel-Landschaft, Fachstelle Abfall, Tel. 061 925 55 19

Faktenblatt zu Branchenlösungen

Im Kanton St. Gallen kontrolliert mittlerweile bereits in acht Branchen nicht mehr das Amt für Umweltschutz, sondern eine von der Branche bezeichnete Instanz, ob die umweltrechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die Aufgabe des Staates besteht nur noch darin, die Arbeit dieser Branchen-Instanz zu beaufsichtigen.

In einem neuen Faktenblatt werden nun erstmals alle acht Branchenlösungen umfassend beschrieben. Konkret sind das: Autogewerbe, Tankstellen, Erdgasleitungen, Abbau von Sand, Kies und Fels, Hofdüngerlager in der Landwirtschaft, Malereien, Recyclinganlagen für Baumaterial sowie Textilreinigungsbetriebe.

Die neue Vollzugsform hat sich nach Angaben des Amtes für Umweltschutz absolut bewährt. Man wolle diese Vollzugsform nicht mehr missen. Auf diese Weise würden Kontrollaufgaben erfüllt, die von den staatlichen Stellen bisher nur unzureichend wahrgenommen werden konnten. Neben den positiven Auswirkungen auf die Umwelt würden insbesondere auch die Vorteile für die Betriebe ins Gewicht fallen, werden doch bei derartigen Lösungen alle Unternehmungen einer Branche vollzugsmässig gleich behandelt.

Bestelladresse: Amt für Umweltschutz, Lämmlisbrunnstr. 54
9001 St.Gallen, Tel. 071 229 30 88, Fax 071 229 39 64
E-Mail: info@bd-afu.sg.ch

Aktuelle Projekte, Anlässe und Initiativen im Themenkreis der Umwelt werden auf dieser Seite vorgestellt. So berichten wir unter anderem über eine breit angelegte Publikationskampagne zum Batterie-Recycling.

Ausschreibung für Minergie-Preis

Der Kanton Bern schreibt zum ersten Mal den Berner Minergie-Preis aus. Mit diesem Preis werden Neubauten und Sanierungen prämiert, welche im Kanton Bern nach dem Minergie-Standard vorgenommen wurden. Die Preissumme beträgt insgesamt 50 000 Franken. Gleichzeitig wird ein Publikumswettbewerb lanciert, bei dem 33 kiloschwere Energie-Schoggibären zu gewinnen sind. Vergeben werden die Preise durch eine achtköpfige Jury mit Fachleuten aus den Bereichen Architektur, Ingenieurwesen und der Immobilienbranche. Preise können nur für Bauten vergeben werden, die den Anforderungen des Minergie-Standards vollumfänglich genügen. Bei Objekten, welche den Minergie-Standard nicht in allen Teilen einhalten, die aber von der Jury als beispielhaft und richtungweisend beurteilt werden, ist eine Anerkennung, aber kein Preis möglich.

Projekte müssen bis am Mittwoch, 14. August 2002, beim Wasser- und Energiewirtschaftsamt des Kt. Bern, Reiterstr. 11, 3011 Bern, eingereicht werden. Die Prämierung erfolgt im Herbst 2002.

SAMPE-Preis für Professor der Empa

Für die Anwendung von kohlenstofffaserverstärkten Kunststoffen zur nachträglichen Verstärkung von Bauwerken hat Prof. Urs Meier von der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) den SAMPE Europe Award 2002 erhalten.

Die internationale Vereinigung «SAMPE» (Society for the Advancement of Material and Process Engineering) beschäftigt sich mit den neuesten Erkenntnissen zu Material- und Werkstoffentwicklungen und Prozesstechnologien. Gegründet 1944 von einigen amerikanischen Flugzeugingenieuren, befasst sich die Vereinigung heute unter anderem auch mit den modernsten Entwicklungen im Bauwesen.

Die mit Kohlenstofffasern verstärkten Kunststoffe fanden ursprünglich, wohl wegen des hohen Preises, nur in der Luft- und Raumfahrt Anwendung. Die herausragenden Vorteile dieses Materials wie dessen geringes Gewicht, die hohe Festigkeit und die Korrosionsbeständigkeit, führten später auch zu anderen Anwendungen. Die Idee, dieses Hightech-Material auch im Bauwesen einzusetzen, kam Prof. Urs Meier in den frühen Siebziger Jahren. In der Folge begann er an der Empa mit einer intensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf diesem Gebiet, deren Ziel es war, kohlenstofffaserverstärkte Kunststoffe (CFK) für Tragwerke, insbesondere die nachträgliche Verstärkung von Bauwerken anzuwenden. Mit Erfolg: 1991 kam es mit der Verstärkung einer Autobahnbrücke bei Ibach zu einer Weltpremiere.

Weitere Informationen: Professor Urs Meier
Eidg. Materialprüfungs- und Forschungsanstalt
Tel. 01 823 41 00

Prix Alurecycling für Gemeinden/Städte verliehen

Brugg, Delémont und der Abfallbewirtschaftungsverband Mittelbünden sind die drei neuen Schweizer Meister im Alurecycling. Dank besonderen Anstrengungen im Sammeln von leeren Aluverpackungen konnten sie den Prix Alurecycling der IGORA-Genossenschaft entgegennehmen. Bewertet wurden unter anderem Originalität, Qualität und Quantität bei der Umsetzung ihrer Sammel- und Recycling-Konzepte. Über 50 Bewerbungen aus allen Landesteilen gingen für die zweite Ausschreibung im Jahr 2001 ein. Die Gewinner aus Brugg, Delémont und vom Abfallbewirtschaftungsverband Mittelbünden konnten während einer feierlichen Übergabe die Wandertrophy aus den Händen der letztjährigen Gewinner (Köniz, Unterägeri, Versoix) entge-

nehmen. Neben dem Prix Alurecycling stellt IGORA den Behörden einen umfassenden Recyclingguide zur Verfügung, führt einen sachlichen und kontinuierlichen Dialog und leistet pro Tonne gesammeltes Aluminium einen finanziellen Beitrag von 60 Franken an die Logistikkosten der Gemeinden und Städte.

Weitere Informationen: Markus Tavernier
IGORA-Genossenschaft, 01 387 50 10

Zum Batterie-Recycling verführen

Die schweizerische Interessenorganisation für Batterieentsorgung (INOBAT) führte in den vergangenen Monaten eine breit angelegte Sensibilisierungskampagne durch, um die Rücklaufquote von Altbatterien und Akkumulatoren von heute 60% auf 80% zu steigern. Mit der Kampagne sollte die Bevölkerung und vor allem Heavy-Users das heisst Personen zwischen 16 und 34, ermuntert werden, Recycling-Möglichkeiten vermehrt zu nutzen.

Die Schweiz befindet sich mit einer Batterien- und Akkumulatoren-Rücklaufquote von über 60% bereits jetzt in der Weltspitze. Dies bedeutet aber auch, dass von den 3800 t der jährlich in der Schweiz verkauften Batterien immer noch rund 1500 t im normalen Abfall landen. Und das trotz den rund 10 000 Batterie-Aannahmestellen. Häufig wird die Rückgabe aber als zu umständlich empfunden.

Da es sich bei der Batterieentsorgung um ein altbekanntes Problem handelt, vermeidet die INOBAT in ihrer Kampagne «Genauso unpassend wie Batterien im Abfall» den belehrenden und mahnenden Ton. Dominieren soll vielmehr der Humor.

Um den Konsumentinnen und Konsumenten das Recycling auch praktisch zu vereinfachen, werden zusätzlich auffallendere Batterie-Aannahmestellen (Battery-Box) sowie Informations-Broschüren und Recycling-Beutel (Battery-Bag) an den Verkaufsstellen zur Verfügung gestellt.

Die Werbekampagne (Fernsehen, Plakat, Kino und Open Air) wird im übrigen bereits im September wiederholt. Sie soll über drei Jahre laufen, mit Schwerpunkten jeweils im Frühling und im Herbst.

Weitere Informationen:
INOBAT, Hanspeter Jordi, Geschäftsführer, Tel. 031 320 61 61
hanspeter.jordi@awo.ch, www.inobat.ch

Neues Hilfsmittel für die lokale Energiebuchhaltung

Die Abteilung für Umwelt offeriert allen an einer kommunalen Energie- und CO₂-Bilanz interessierten Aargauer Gemeinden, eine kostenlose Einführung in die Thematik. Zusammen mit der Fachstelle Energie und verschiedenen Energieberatern gibt sie Wissen weiter, das in der Pioniergemeinde Seon und der Stadt Rheinfelden gesammelt wurde. Ziel der Anstrengungen ist, den Gemeinden ein Instrument in die Hand zu geben, welches zeigt, wo die Gemeinden im Vergleich zu anderen bezüglich Energieverbrauch stehen, welche Erfolg versprechenden Wege zur Energieeinsparung möglich sind und wie die Gemeinden künftig Tendenzen im Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss zuverlässig und preiswert erfassen können.

Erstmals wird neben dem Energieverbrauch in den Bereichen Haushalte, Gewerbe, Landwirtschaft, Industrie und Öffentliche Hand auch der Verkehr als einer der grössten Energie- und CO₂-Faktoren in der Gemeindebilanz aufgenommen.

Die Arbeitsgruppe selbst ist mittlerweile seit über einem Jahr daran, einen möglichst einfachen Weg für die Energie- und CO₂-Bilanz einer Gemeinde zu finden.

Weitere Informationen:
Dr. Werner Kanz, Abteilung für Umwelt des Kt. Aargau
Tel. 062 835 33 60